

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Ralf Niedmers, Stephan Gamm,
Sandro Kappe, Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

Betr.: Das Bauen in Hamburg beschleunigen: Eine „Norddeutsche Bauordnung“ schaffen!

Seit Jahren wurde nicht mehr so wenig gebaut wie derzeit – eine der Ursachen ist auch die mittlerweile überbordende Bürokratie in Deutschland. Auch Hamburg entzieht sich dieser Entwicklung nicht: In manchen Bezirken dauert die Erteilung einer Baugenehmigung bis zu ein Jahr. Der rot-grüne Senat hat abgesehen von Förderprogrammen wenig unternommen, um das Bauen in Hamburg zu beschleunigen. Angesichts der akuten Wohnungsnot muss der rot-grüne Senat sich endlich auch um Prozessoptimierung und die regulatorischen Grundlagen kümmern. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion begrüßt daher ganz ausdrücklich den in 2023 überparteilich gemeinsam ausgehandelten „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“, dessen zentrales Anliegen es ist, unter anderem für den Bereich Bauen die Prüfschritte in Genehmigungsverfahren zu reduzieren und Verfahren bundesweit zu standardisieren. Dies sind entscheidende Schritte, um Voraussetzungen zu schaffen, um zum Beispiel die Skaleneffekte des seriellen und modularen Bauens nutzbar zu machen und somit Baukosten und Mieten zu senken.

Leider findet sich ein wichtiges Beschleunigungsmittel für Hamburgs Bauwirtschaft nicht in dem „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“: eine bundesweite Bauordnung. Genau hier könnte die Stadt Hamburg eine Vorreiterrolle mit ihren Nachbarbundesländern einnehmen und eine gemeinsame Bauordnung aller norddeutschen Bundesländer anstreben. So könnten die ambitionierten Maßnahmen des „Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ schneller umgesetzt und der derzeit kritischen Situation der Bauwirtschaft effektiv entgegen gewirkt werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. mit den norddeutschen Bundesländern eine „Gemeinsame Bauordnung aller Norddeutschen Bundesländer“ auszuhandeln;
2. in diesem Kontext den Fokus auf Verfahrensbeschleunigung sowie Optimierung der Bauprozesse zu legen;
3. der Bürgerschaft bis zum 31.03.2024 hierzu zu berichten.